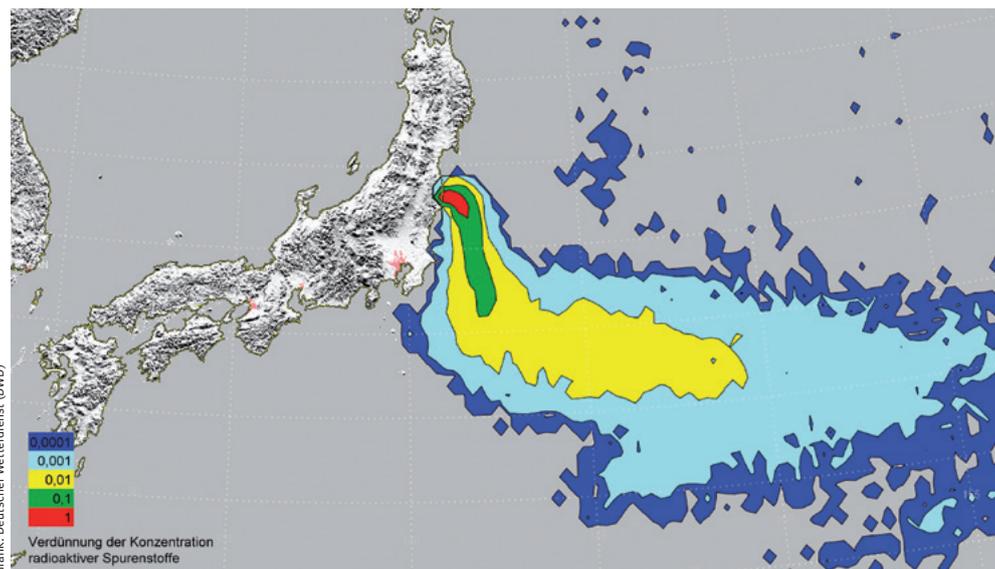




STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Jenseits der Beherrschbarkeit

Eberhard Neugebohrn



Erdbeben, Flutwellen, Überschwemmungen, Vulkanausbrüche, Dürren, Brände und Erdbeben sind zunächst einmal Naturereignisse. Sie bekommen die Qualität von Katastrophen, indem sie unsere materielle Zivilisation und unser gesellschaftliches Leben beschädigen und Menschenleben kosten. Sie bekommen diese Qualität aber nur dann, wenn wir diesen Ereignissen gegenüber verwundbar sind und unsere Fähigkeit, vorzusorgen bzw. mit ihren Folgen angemessen umzugehen, der Qualität und Quantität der Naturereignisse nicht oder nicht hinreichend entspricht.

Katastrophen sind nicht immer die Folge von Naturereignissen. Die menschliche Geschichte ist durchzogen von rein anthropogen erzeugten Katastrophen. Der Hinweis auf die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts mag dazu an dieser Stelle genügen. In jedem Fall sind Katastrophen also auch Resultate gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Bewältigungskompetenz.

Das Erdbeben vom 11. März in Japan war zunächst eine Naturkatastrophe. Es zerstörte menschliche Bauwerke und Infrastruktur. Menschen verloren ihr Leben. Das Beben bewirkte eine Flutwelle, die mit großer Heftigkeit auf die Küste traf, ein gegenüber dem Erdbeben Vielfaches an Zerstörungen bewirkte und Zehntausende von Opfern kostete. Der Umfang der Zerstörungen und die Zahl

der Opfer sind auch dadurch bestimmt, dass die Menschen ihre Werke so errichten, dass sie den zerstörerischen Naturkräften exponiert sind.

Zu dem betroffenen Menschenwerk gehören auch die Atommeiler von Fukushima. Damit wurde nun ein Prozess ausgelöst, der in Raum und Zeit noch einmal ungleich weiter reicht als die direkten Zerstörungen durch Erdbeben und Tsunami. Auch der nukleare Zerfall ist eine Naturkraft. Diese Naturkraft kommt auf der Erde eigentlich nur in Spuren frei vor. In den Kernreaktoren wird sie vieltausendfach konzentriert. Die Havarie der Reaktoren von Fukushima entfesselte diese Naturkraft, und sie übersteigt ganz offensichtlich die menschlichen Beherrschungsfähigkeiten.

Die Katastrophe geht weiter. Sie vollzieht sich seit Monaten, und sie wird sich noch lange Zeit auf einer immer größer werdenden Fläche weiter vollziehen. An der Ostküste der japanischen Hauptinsel Honshu mussten bisher etwa 1.000 Quadratkilometer von ihren Bewohnern verlassen werden, und in einem nicht näher bestimmten Bereich des davor liegenden Pazifischen Ozeans treten radioaktive Belastungen auf, die zumindest jeglichen Fischfang verhindern.

Offensichtlich überschreitet die Destruktionspotenz dieser havarierten Anlage bei weitem die Beherrschungspotenz der sie betreibenden

INHALT

Seite 2

Editorial

Seite 3

Sind Katastrophen vermeidbar?

WeltRisikoBericht 2011

in Bonn vorgestellt

Seite 4

Neue entwicklungspolitische Leitlinien

des Landes Nordrhein-Westfalen

Verantwortung übernehmen

NRW erarbeitet eine Eine-Welt-Strategie

Seite 6

Natur beim Nachbarn erleben

Niederrhein-Guides im deutsch-

niederländischen Naturraum

„De Gelderse Poort“

Netzwerk des Wissens

Campus des Right Livelihood Award

in Bonn eröffnet

Seite 7

Wir sind es wert

Bildungsprojekt von OroVerde für

sozial benachteiligte Jugendliche

Was wurde aus ...

... dem Planspiel „Fläche nutzen

statt verbrauchen“?

Seite 8

Schlagkräftig

20 Jahre Eine Welt Netz NRW

Termine

Neu geförderte Projekte

Übersicht 02/2011 bis 06/2011

Impressum

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Geld“ war das Thema, über das ich an dieser Stelle in unserem letzten Newsletter geschrieben habe. Es gibt einen erfreulichen Grund, das jetzt erneut zu tun. Der Landeshaushalt 2011 ist mittlerweile verabschiedet. Er sieht vor, dass unsere Stiftung 2,38 Millionen Euro aus Wett- und Glücksspiel-Erträgen und weitere 2 Millionen aus Steuermitteln erhält. Damit erfahren wir in diesem Jahr eine deutliche Erweiterung unserer Fördermöglichkeiten.

Das hilft uns in einem Dilemma, in dem wir in den letzten zwölf Monaten versucht haben, unsere Aufgaben so gut wie möglich wahrzunehmen. Die Zahl der an uns gerichteten guten, unterstützungswürdigen Förderanträge steigt, und die jeweils beantragten Projektzuschüsse steigen ebenfalls. Vielen dieser Anträge haben wir nicht entsprechen können, weil unsere Fördermittel dafür einfach nicht ausreichen, obwohl wir die betreffenden Projekte gerne gefördert hätten. Deshalb sind wir der Landesregierung und dem Landtag außerordentlich dankbar für diese jetzt wieder erweiterten Fördermöglichkeiten. Wir verstehen diese Verbesserung unserer Finanzausstattung auch als Anerkennung der Arbeit der vielen Nichtregierungsorganisationen in den Handlungsfeldern Umwelt und Entwicklung, und nicht zuletzt auch unserer eigenen Arbeit.

Wir erreichen

mit dieser Finanzausstattung immerhin wieder etwa 70 Prozent des Niveaus, welches wir in den ersten fünf Jahren unserer Existenz hatten. Allerdings übersteigt das Gesamtvolumen der derzeit bei uns beantragten Förderungen auch unseren jetzigen Finanzrahmen bei weitem. Und wir werden unsere Anforderungen selbstverständlich nicht reduzieren, weder an die inhaltliche Qualität der Projektkonzepte noch an die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Finanzplanung.

Eine Eine-Welt-Strategie soll den zukünftigen Rahmen der nord-süd-politischen Aktivitäten des Landes abstecken. Die Landesregierung will die entwicklungspolitischen Leitlinien der Vorgängerregierung entsprechend fortentwickeln. Dies soll in einem partizipativen Prozess geschehen, der durch die Internet-Plattform www.einewelt.nrw.de unterstützt wird. Zu diesem Projekt finden Sie in diesem Newsletter unter anderem das leicht gekürzte Referat von Prof. Dr. Hartmut Ihne, dem Präsidenten der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, das er im Rahmen der Auftakt-Veranstaltung am 25. Mai in der Staatskanzlei gehalten hat. Unsere Stiftung hat die Aufgabe übernommen, den Konsultationsprozess zu begleiten und zu moderieren. Ich lade alle Leserinnen und Leser ein, sich an dieser Konsultation zu beteiligen.

Im Februar hatten wir den plötzlichen Tod unseres Kollegen Klaus Giesing zu beklagen. Seine Stelle ist seit dem 1. Juli neu besetzt durch Till Winkelmann. Er ist Diplom-Geograph und arbeitet derzeit an seiner Promotion. Till Winkelmann hat zuvor als Berater und Trainer im Bereich Projektplanung, -monitoring und -evaluation unter anderem für die GIZ und ihre Vorgängerorganisationen gearbeitet.

Gabriele Rosemann arbeitet seit dem 1. Juni halbtags im Sekretariat der Stiftung und hilft uns, dort eine krankheitsbedingte Vakanz auszugleichen. Sie ist gelernte Justizangestellte und hat für diverse Ministerien, Behörden und öffentliche Einrichtungen gearbeitet.

Schließlich unterstützt uns Christel Schwiederski seit Anfang Juli dabei, unsere Aufgaben bei der Entwicklung der neuen Eine-Welt-Strategie des Landes NRW zu erfüllen. Sie hat Germanistik, Politik, Ethnologie und Psychologie studiert und als Dozentin an verschiedenen Hochschulen sowie für das Goethe-Institut gearbeitet. In den letzten Jahren hat sie zahlreiche projektbezogene Arbeiten für staatliche und nichtstaatliche Organisationen in den Bereichen Entwicklungspolitik und Interkultur übernommen. Wir heißen die drei Neuen bei uns herzlich willkommen und freuen uns über die Verstärkung unseres Teams.

Mit besten Grüßen
Eberhard Neugebohm



Sind Katastrophen vermeidbar?

WeltRisikoBericht 2011 in Bonn vorgestellt

Kennen Sie Vanuatu? Falls nicht, dann sollten Sie sich beeilen, denn laut WeltRisikoBericht 2011 gilt der pazifische Inselstaat als hochgradig anfällig für Naturkatastrophen und die daraus resultierenden Folgen. Besonders risikoreich leben die Menschen in Malta und Katar, auch die Deutschen (Platz 150 von 173 untersuchten Staaten) müssen sich relativ wenig Sorgen machen.

Diese und viele andere Informationen finden sich im WeltRisikoBericht 2011, der am 15. Juni im Rahmen einer Fachtagung in der Deutschen Welle Bonn mit rund 100 Teilnehmern vorgestellt und diskutiert wurde. Nach Auffassung von Peter Mucke, Geschäftsführer des Bündnisses „Entwicklung hilft“, müssen extreme Naturereignisse nicht unbedingt zu Katastrophen werden: „Das Risiko hängt nicht allein von der Gefährdung ab, sondern wird ganz wesentlich durch soziale und wirtschaftliche Faktoren bestimmt.“

Der WeltRisikoBericht besteht aus einem Index, einem Schwerpunktthema und Fallbeispielen. Er zeigt, dass sich ein Katastrophenrisiko immer aus zwei Komponenten zusam-

menetzt: der Exposition bzw. Gefährdung gegenüber Naturgefahren und Klimawandel auf der einen Seite und der gesellschaftlichen Verwundbarkeit auf der anderen Seite. Gleichzeitig belegt er die Notwendigkeit, den Fokus zukünftig stärker als bisher auf Katastrophenprävention zu legen und dabei Faktoren wie Bildung, soziale Stabilität und funktionierende staatliche Strukturen in den Vordergrund zu stellen.

Dieser Zusammenhang wird durch einen Blick auf die Erdbeben in Haiti und Japan besonders deutlich. Während in Japan etwa 25.000 Tote zu beklagen waren bei einer Erdbebenstärke von 9,0, fielen in Haiti 220.000 Menschen einem wesentlich schwächeren Erdbeben der Stärke 7,0 zum Opfer. Das lag nicht zuletzt an der höheren Bewältigungs- und Anpassungskapazität in Japan, die sich beispielsweise im Baurecht niederschlägt.

Der WeltRisikoBericht wurde vom Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen in Bonn im Auftrag des Bündnisses „Entwicklung hilft“ erstellt und von der Stiftung mit 29.000 Euro gefördert.



→ Weitere Informationen sowie der Download des Berichtes unter www.weltrisikobericht.de
Die Publikation erscheint in Kürze auch in englischer Sprache.

Jenseits der Beherrschbarkeit

→ Fortsetzung von Seite 1

menschlichen Gesellschaft. Die Vulnerabilität der Gesellschaft ist dramatisch, die Katastrophe ist unausweichlich. Es wäre fatal, diese mangelnde Beherrschungspotenz nur in der Unfähigkeit des Betreibers der Anlage, TEPCO, zu sehen oder des japanischen Staates. Die Beherrschungsfähigkeit der Menschen reicht offensichtlich grundsätzlich nicht aus, um derartige Ereignisse nicht zu Katastrophen werden zu lassen.

Nach Angaben der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEO) sind derzeit weltweit 440 Reaktorblöcke in Betrieb. Statistisch soll ein Reaktorblock nur einmal in 10.000 Jahren so schwer havariieren, dass es zu einer Kernschmelze kommt. Teilt man aber diese 10.000 Jahre durch die Anzahl der Reaktorblöcke, so muss sich durchschnittlich knapp alle 23 Jahre irgendwo auf der Welt ein Größter Anzunehmender Unfall (GAU) ereignen. Zwischen

Harrisburg und Tschernobyl lagen sieben Jahre, zwischen Tschernobyl und Fukushima immerhin 25. Anscheinend hat die Statistik Recht.

Das Problem der mangelnden Beherrschungspotenz stellt sich aber auch ohne GAU und Kernschmelze. Der radioaktive Abfall aus den Kernkraftwerken muss 100.000 Jahre und länger so gelagert werden, dass er aus der Biosphäre ausgeschlossen bleibt. Der Anfang dessen, was wir menschliche Hochkulturen nennen, liegt vielleicht 8.000, längstens 10.000 Jahre zurück. Die Zuversicht, dass der Abschluss unserer radioaktiven Hinterlassenschaft über eine Zeit von 100.000 Jahren und länger technisch gelingt, ist – gelinde gesagt – erstaunlich. Und ebenso die Zuversicht, dass die Menschen in jenen fernen Zeiten unsere Warntafeln an den Zugangsstellen zu den Endlagern – so es sie denn irgend wann einmal gibt – noch richtig interpretieren können.

„Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“ So hat Hans Jonas 1979 in Anlehnung an Kants kategorischen Imperativ in seinem Werk „Das Prinzip Verantwortung“ formuliert. Naturereignisse wie Erdbeben und Flutwellen werden wieder geschehen, und ob sie zu Katastrophen werden und welches Ausmaß diese haben, hängt davon ab, wie wir unsere Verletzlichkeit begrenzen und wie wir ihre Folgen bewältigen können.

Bestimmte Risiken – und die Atomreaktoren gehören dazu – übersteigen aber das durch uns Verantwortbare. Die daraus folgenden Katastrophen sind menschengemacht und sie sind unvermeidlich. Katastrophenvorsorge und Katastrophenbewältigung kann hier nur heißen, diese Risiken nicht einzugehen.

Neue entwicklungspolitische Leitlinien

Verantwortung übernehmen NRW erarbeitet eine Eine-Welt-Strategie

In unserer Einen Welt verschieben sich die Kräfteverhältnisse. Das Gewicht der westlichen Staaten nimmt ab, das der Entwicklungs- und Schwellenländer nimmt zu: an Bevölkerungszahl und an Wirtschaftskraft. Dieser dynamische Veränderungsprozess der globalen Verhältnisse führt jedoch keineswegs automatisch dazu, dass sich die bestehenden Disparitäten ausgleichen, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden und die Welt gerechter wird. Eine nachhaltige internationale Entwicklung bedarf der bewussten Gestaltung. Kein Staat, kein Bundesland und keine Kommune kann sich heute dieser Verantwortung entziehen.

Seit Bildung der neuen Landesregierung in NRW ist die Zuständigkeit für Eine-Welt-Politik wieder in der Staatskanzlei angesiedelt. Die Regierungsparteien haben vereinbart, die entwicklungspolitischen Leitlinien der Vorgängerregierung zu novellieren. Diese sollen zu einer in sich schlüssigen Eine-Welt-Strategie weiterentwickelt werden. Eine solche Strategie beruht auf mehreren Elementen.

Die Potenziale des Landes für eine verantwortungsvolle Politik gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern müssen identifiziert werden. Die Träger dieser Potenziale müssen identifiziert werden. Die Faktoren, die uns an der Realisierung dieser Potenziale hindern, müssen erkannt werden. Die Strukturen, Methoden und Instrumente müssen geklärt werden, mit denen wir diese Potenziale zu praktischem Handeln in Politik, Wirtschaft, Sozialwesen und Kultur werden lassen können.

Die Entwicklung dieser Eine-Welt-Strategie soll in einem partizipativen Prozess geschehen. Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, wissenschaftliche Institutionen und alle Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Am 25. Mai nahmen etwa 120 Personen an einer Auftaktveranstaltung in der Staatskanzlei teil, in der die Aufgaben der Strategie umrissen wurden. Für diese Debatte steht seit dem 20. Juni das Internet-Portal www.einewelt.nrw.de zur Verfügung. Unsere Stiftung wird den Konsultationsprozess in diesem Portal begleiten und moderieren. Wir bitten Sie, sich zu beteiligen.

Eberhard Neugebohm

Ein Beitrag von Prof. Dr. Hartmut Ihne, Präsident der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gehören nicht zu den Kernaufgaben der Bundesländer. Das hängt vor allem mit der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern und der Zuständigkeit des Bundes in Fragen der internationalen Politik zusammen.

Deshalb hat sich Entwicklungspolitik des Landes immer sehr stark auf zivilgesellschaftliche Bewusstseinsbildung hier und die Unterstützung z. B. von Eine-Welt-Gruppen und Agendaprozessen sowie auf die Finanzierung von Studienplätzen für Studierende aus Entwicklungsländern konzentriert, weniger auf direkte Projektarbeit vor Ort. Wenn direkte Zusammenarbeit stattfindet, dann ist sie in den wenigen Fällen auf Länder oder Regionen konzentriert (wie etwa Mpumalanga und Ghana mit NRW oder Ruanda mit Rheinland-Pfalz).

Der Umfang von und die finanziellen Leistungen für Entwicklungspolitik in NRW wurden seit den 90er Jahren kontinuierlich abgebaut. Heute stellt sich die Frage: Was will die Landesregierung? Will sie ein kurzfristiges Programm für eine Legislaturperiode oder eine auf Dauer angelegte Entwicklungspolitik? Will sie in NRW zivilgesellschaftliche Bewusstseinsprozesse unterstützen und betrachtet Entwicklungspolitik primär als entwicklungspolitische Bildungsarbeit, oder will sie auch wirkliche Entwicklungszusammenarbeit mit Akteuren vor Ort betreiben?

Ressortpolitik oder Querschnittsaufgabe

Will sie die bisherige Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern akzeptieren oder Spielräume nutzen, also auch vor dem Hintergrund der Rolle der Regionen in der EU in der internationalen Zusammenarbeit neue Wege gehen? Und will sie Entwicklungspolitik als einen ressortspezifischen Ansatz verstehen oder als Querschnittsaufgabe aller Ressorts – und dafür die politischen Durchführungs-, Koordinierungs- und Kohärenzinstrumente schaffen? Die Antworten sind von zentraler Bedeutung für die Erarbeitung neuer entwicklungspolitischer Leitlinien, und sie hängen von einer Reihe rechtlicher, politischer und finanzieller Gesichtspunkte ab. Das Politikfeld ist komplex und seine gegenwärtige Bedeutung

im politischen Kanon eher gering. Gleichwohl sind die Chancen, die sich aus einem wohl verstandenen, kohärenten und klug angelegten entwicklungspolitischen Engagement der Landesregierung ergeben könnten, für unser eigenes Land und die Eine Welt groß.

Zu Recht unterstreichen die Ministerpräsidenten in ihrem gemeinsamen Beschluss vom 22. Oktober 2008: „Mit ihrem vielfältigen Engagement nehmen die Länder nicht nur Mitverantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung wahr, sondern sichern auch ihre eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Wissen, Innovation und interkultureller Kompetenz für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und angesichts der großen Wachstumspotenziale vieler Entwicklungsländer wird sich das entwicklungspolitische Engagement auch für die Länder selbst nutzbringend auswirken.“

Handlungsoptionen der Länder

In folgenden acht Handlungsfeldern sieht der gemeinsame Beschluss Handlungsoptionen der Länder: Klimaschutz und Energie, Ernährungssicherheit und ländliche Räume, Migration und Entwicklung, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, gute Regierungsführung und Dezentralisierung, Kultur und Entwicklung sowie entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit.

Entwicklungspolitik ist Instrument eines fairen Interessenausgleichs zur Überwindung sozialer, ökonomischer, ökologischer und politischer Asymmetrien zwischen Staaten und Regionen mit dem Ziel einer nachhaltigen und menschenwürdigen Entwicklung. Damit ist sie Teil einer Eine-Welt-Politik. Im Vordergrund stehen die materiellen und ideellen Lebensinteressen marginalisierter Länder und ihrer Menschen. Die Motive zur Überwindung der Asymmetrien haben zwei Quellen: eine ethische und eine pragmatische. Beide gehören zusammen.

des Landes Nordrhein-Westfalen

Entwicklungspolitik wird auf lange Sicht erfolgreich sein, wenn sie integrativ verfährt, d.h. auch die wachsende Verwundbarkeit von klassischen Geberländern durch die Veränderung globaler Marktmacht strategisch berücksichtigt. Entwicklungspolitisches Engagement muss die langfristigen Interessen der Schwellen- und Entwicklungsländer mit denen der klassischen Industrieländer vermitteln – aus Gründen der Legitimation gegenüber den Steuerzahlern und aus Gründen ihres eigenen Erfolgs.

Öffnung und Vernetzung

Entwicklungspolitik muss ihre bisherige Engführung auf die Development Community überwinden, sich öffnen und über ihre klassischen Partner hinaus viel stärker mit anderen Akteuren vernetzen. Besonders bei der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Wissenschaft besteht erhebliches Potenzial, das bislang zu wenig in die Entwicklungszusammenarbeit einbezogen wird. Auch muss der immer noch dominante basic needs approach überdacht und an die Herausforderungen der wissens- und kommunikationsbasierten Weltgesellschaft angepasst werden.

Was bedeutet das für Nordrhein-Westfalen? Zunächst einmal muss die Entwicklungspolitik des Landes der wirtschaftlichen Bedeutung, der internationalen Verflechtung und den langfristigen politischen Zielsetzungen des Landes entsprechen. (Laut Weltbank lag NRW 2010 weltweit auf Platz 17 nach BIP.) Dazu bedarf es einer Neuausrichtung.

Mit einem think big-Ansatz würde das Land versuchen, seine entwicklungspolitischen Ziele durch die Orientierung an der ODA (Official Development Assistance) vergleichbar leistungsfähiger Staaten zu erreichen. Aus finanzpolitischen Gründen wird NRW eher einen think smart-Ansatz verfolgen und sich dabei an seinen eigenen Interessen, Kompetenzen und Potenzialen orientieren.

Kohärente politische Gesamtstrategie

Dabei kommt es auf die intelligente Vernetzung von Kompetenzen und Potenzialen an. Diese kann nur im Rahmen einer kohärenten politischen Gesamtstrategie des Landes gelingen. Dazu müssen Themenfelder, Kooperationsländer und Instrumente identifiziert werden. Diese sollten nach den Prinzipien der Machbarkeit, der Wirksamkeit und entwicklungspolitischen Relevanz ermittelt werden. Kontinuität ist wichtig, deshalb sollten die entwicklungspolitischen Leitlinien der Vergangenheit, die Beschlüsse der Ministerpräsidenten und bestehende Kooperationen in Bezug auf ihre Relevanz evaluiert und an Erfolge angeschlossen werden.

Die Entwicklungspolitik sollte sich auf einige wenige Themen fokussieren, um Wirksamkeit zu erreichen. Themenfelder ergeben sich u.a. aus den Länderkompetenzen im föderalen System und den besonderen Stärken des Landes. Dazu gehören die Bereiche Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Technologie, Sicherheit und öffentliche Verwaltung sowie zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Hohe Kompetenzen bestehen aber auch in sozial- und migrationspolitischen Fragen sowie der regionalen Wirtschaftsförderung, kommunalen Energiepolitik und in lokalen Agendaprozessen.

Mit der Förderung von Kooperationen in den Sektoren Wirtschaft, Bildung und Verwaltung kann das Land verschiedene entwicklungspolitisch relevante Bereiche wirkungsvoll stimulieren. Die gezielte Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Kooperationen verbreitert Bewusstsein und Legitimation der Eine-Welt-Zusammenarbeit.

Migrantenverbände sollten strategisch im Sinne von länderverbindenden Kompetenznetzwerken gefördert und in Wirtschafts-, Schul- und Hochschulkooperationen einbezogen werden. Das Land sollte die besondere Konzentration von internationalen Einrichtungen und entwicklungsbezogener Expertise in Bonn und die Rolle Bonns als deutsches Zentrum für internationale Zusammenarbeit in geeigneter Weise nutzen.

Wirksamkeit braucht Ressourcen

Um die Wirksamkeit der NRW-Entwicklungspolitik zu erhöhen, muss das Land geeignete Formen der politischen Vernetzung sowohl im föderalen System der Bundesrepublik als auch auf europäischer Ebene entwickeln. Zudem muss auch mit Blick auf das multilaterale System geprüft werden, wie die Länderebene mit ihren Kompetenzen und Möglichkeiten effektiver einbezogen werden kann.

Im politischen System des Landes NRW sollten sowohl im Bereich der Exekutive als auch der Legislative selber geeignete Instrumente geschaffen werden, um den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung kohärent in einer politischen Strategie zu verwirklichen – z. B. mit einer ständigen Staatssekretärsrunde zur Eine-Welt-Politik. In der Staatskanzlei könnte das Design eines neuartigen entwicklungspolitischen Lobbyismus auf Länderebene entwickelt werden, der weit über die bestehende bescheidene Unverbindlichkeit von Bund-Länderkoordination hinausgeht.

Ohne finanzielle Ressourcen allerdings geht nichts. Deshalb muss neben einer angemessenen Finanzierung aus Landesmitteln auch die Generierung von innovativen Finanzierungsinstrumenten Teil der Strategie sein. Dazu sind neue Partner notwendig.

Zusammenfassend schlage ich vor, vier Kooperationsdimensionen zugrunde zu legen: (1) Wirtschaftskooperationen, (2) Schul- und Hochschulkooperationen, (3) zivilgesellschaftliche Kooperationen, (4) öffentliche Verwaltungskooperationen. Diese sollten nach bi- und multilateralen Gesichtspunkten sowie nach lokalen, regionalen, nationalen, europäischen und globalen Bedeutungen unterschieden werden. Entscheidend ist, dass mit der Eine-Welt-Politik des Landes Wirkung erzeugt wird. Das wird nur durch Konzentration aller Aktivitäten gelingen. Außerdem müssen wir zu einer konzentrierten, entwicklungspolitischen Aktion der Bundesländer kommen, um Synergien nutzen zu können und die Länder in die Chancen neuer globaler Dynamiken einzubeziehen. Ohne professionelle Vernetzung der wenigen Ressourcen wird wenig erreicht werden.

Natur beim Nachbarn erleben

Niederrhein-Guides im deutsch-niederländischen Naturraum „De Gelderse Poort“

Die Niederrhein-Guides sind zertifizierte Natur- und Landschaftsführer, die von der NABU-Naturschutzstation in Kranenburg ausgebildet wurden. Sie haben in rund 80 theoretischen und praktischen Stunden vieles über Kultur, Natur und Entstehung des Niederrheins erfahren und dabei Methoden erlernt, dieses Wissen interessant und unterhaltsam zu vermitteln.

Die Stiftung hat die Ausbildung der 62 Guides und die Etablierung des Touren-Programms zwischen 2006 und 2008 mit insgesamt 212.524 Euro gefördert. Mit dem aktuellen Projekt zur grenzüberschreitenden Weiterbildung und zur Vernetzung der Niederrhein-Guides im deutsch-niederländischen Naturraum „De Gelderse Poort“ bietet die NABU-Naturschutzstation Fortbildungen für Natur- und Landschaftsführer am Niederrhein an. Im Mittelpunkt der Fortbildung stehen Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Deutschland und den Niederlanden beim Schutz von

Natur und Kulturlandschaften. Neben einer zweisprachigen theoretischen und praktischen Fortbildung wird das vorhandene Touren-Angebot am Niederrhein um grenzüberschreitende Touren erweitert.

Bei der mit 50 Gästen gut besuchten Auftaktveranstaltung am 9. April waren neben Vertretern der Stiftung, des Landschaftsverbandes Rheinland und des NABU Nordrhein-Westfalen auch die ausgebildeten Niederrhein-Guides und die niederländischen Naturguides aus dem Raum „De Gelderse Poort“ anwesend. Viele Besucher nutzten die Möglichkeit, an einer naturkundlichen Exkursion durch Kranenburg und an einer Fahrradtour durch die Düffel teilzunehmen.

Die Stiftung fördert das bis Februar 2014 laufende Projekt mit 84.151 Euro.



Foto: NABU-Naturschutzstation Kranenburg

➔ Weitere Informationen unter www.nabu-naturschutzstation.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3392

Netzwerk des Wissens

Campus des Right Livelihood Award in Bonn eröffnet



Foto: Alma van der Veen/ZEF

Am 30. Mai 2011 wurde der neue Campus des Right Livelihood Award, besser bekannt als Alternativer Nobelpreis, am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn (ZEF) eröffnet. An der Eröffnung nahmen Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, der Rektor der Universität Bonn Jürgen Fohrmann, der Vizepräsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Max G. Huber sowie die

Alternativen Nobelpreisträger Raul Montenegro aus Argentinien, Hanumappa Sudarshan aus Indien, Shrikrishna Upadhyay aus Nepal und Wes Jackson aus den USA teil. Die Right Livelihood Colleges (RLC) bilden ein globales Netzwerk, das Wissens- und Kompetenztransfer zwischen Alternativen Nobelpreisträgern, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik fördert. Nach Angaben von ZEF-Direktorin Solvay Gerke soll das Bonner RLC insbesondere den Austausch zwischen den Preisträgern und jungen Wissenschaftlern aus Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützen. Mit Hilfe von Doktorandenstipendien des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes wird es Nachwuchswissenschaftlern künftig möglich sein, die Projekte einiger Preisträger vor Ort wissenschaftlich zu begleiten. Gleichzeitig können Alternative Nobelpreisträger als Gastdozenten in Deutschland tätig werden. Im Anschluss an die Eröffnung beschäftigten sich 25 ausgewähl-

te Nachwuchswissenschaftler aus 19 Ländern gemeinsam mit den Preisträgern und anderen Experten in einem dreitägigen Workshop mit dem Thema „Neue Wege des nachhaltigen Ressourcenmanagements in Entwicklungs- und Transformationsländern“. Mehr als 120 Doktoranden aus der ganzen Welt hatten sich für die Teilnahme an dem Workshop beworben.

Die Eröffnung des neuen Campus war während der Konferenz der Alternativen Nobelpreisträger im vergangenen September in Bonn beschlossen worden. Die Stiftung hatte diese Konferenz mitveranstaltet und außerdem mehrere kleinere Veranstaltungen finanziell unterstützt. Neben Bonn gibt es momentan weltweit drei andere Standorte des Right Livelihood Colleges in Malaysia, Schweden und Äthiopien.

➔ Weitere Informationen unter www.zef.de sowie unter www.rightlivelihood.org

Wir sind es wert

Bildungsprojekt von OroVerde für sozial benachteiligte Jugendliche

Mit dem Bildungsprojekt „Weil wir es wert sind!“ beweist die Tropenwaldstiftung OroVerde, dass man auch sozial benachteiligte Jugendliche für Naturschutz begeistern kann. Bei der Umsetzung von sieben Kampagnen mit jeweils eigenem Schwerpunkt zum Thema Regenwald zeigen die Jugendlichen große Kreativität, Mut und Gestaltungskompetenz (siehe Newsletter 3-2010). Die Projekte sind reale Kampagnen, und so erleben die Teilnehmer, dass sie mit ihrem Engagement etwas bewegen können, ihre Mitarbeit tatsächlich gefragt ist und sie gemeinsam etwas auf die Beine stellen können. Eine erste Evaluation mit zahlreichen Interviews und Nachbesprechungen ergab, dass die Motivation der Jugendlichen ein zentraler Faktor ist: Sie wollen ernst genommen werden und Wertschätzung erfahren.

Die Arbeit in den „Kampagnen-Agenturen“ wird mit einer Filmkamera begleitet und dokumentiert. Die Jugendlichen können diese Spots auch für zukünftige Bewerbungen verwenden.

Die filmische Dokumentation des Gesamtprojektes wird nach Abschluss veröffentlicht und zusammen mit weiteren Unterrichtsmaterialien Interessierten zur Verfügung gestellt. Schüler der Laurentius-Schule Niederkassel und der Anne-Frank-Schule Bonn waren die ersten, die an diesem Projekt teilnehmen durften. Die Schüler lernten durch Rap, Tanz und durch einen Sponsorenlauf, wie man sich für den Schutz des Regenwaldes einsetzen kann. Unterstützt wurden die beiden am Projekt teilnehmenden Lehrkräfte Petra Hanke und Andreas Hansmeier von Birthe Hesebeck und Vera Pfister von OroVerde und von den Praxispartnern Mario alias „Bickmack“ Pavelka (Rapper), Beejay Tshiams (Tänzerin) und Timo Horn (Fußball U18-Nationaltorhüter). Ein 30-minütiger „Pilotfilm“ feierte am 11. April vor über 100 begeisterten Gästen im Bonner Museum Koenig Premiere.

Neben der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), der Rheinenergiestiftung und der Stiftung Jugendhilfe der Sparkassenstif-



Foto: OroVerde

fung Bonn fördert auch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen das bis August 2012 angelegte Projekt mit 82.372 Euro.

→ Weitere Informationen in unserer Projektdatenbank unter U-3342 sowie unter www.oroverde.de/projekte-national/weil-wir-es-wert-sind Dort finden sich viele Eindrücke aus den Praxisprojekten sowie Filmausschnitte.

WAS WURDE AUS ...

... dem Planspiel „Fläche nutzen statt verbrauchen“?



Foto: LAG 21

Neben dem Klimawandel und dem Rückgang der Biodiversität ist der anhaltende Flächenverbrauch eines der großen Umweltprobleme in Deutschland. Trotz rückläufiger Bevölkerungsentwicklung gehen bundesweit täglich rund

100 Hektar Landschaft für Siedlungs- und Verkehrsflächen verloren. Zu den negativen Folgen gehören – neben der Zerstörung von Natur und Landschaft – erhöhte kommunale Ausgaben für ein wachsendes Verkehrswege- und Leitungsnetz, längere Wege zur Schule oder an den Arbeitsplatz sowie eine Verödung gewachsener Ortskerne.

Dies war der Ausgangspunkt für die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW), als sie vor sechs Jahren gemeinsam mit dem Wissenschaftsladen Bonn das Planspiel „Fläche nutzen statt verbrauchen“ entwickelte. Damit sollten vor allem junge Menschen für das Thema Flächenverbrauch sensibilisiert und gleichzeitig kommunale Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden. Im Rahmen des Planspiels bilden Schülerinnen und Schüler den Rat einer Kommune, setzen verschiedene Ausschüsse ein und diskutieren baupolitische Entscheidungen wie die Errich-

tung eines Gewerbegebietes auf der „Grünen Wiese“ oder Baugebiete für familiengerechtes Wohnen unter umwelt- und finanzpolitischen Gesichtspunkten. Am Ende steht ein ordentlicher Ratsbeschluss.

Nach Durchführungen in 60 nordrhein-westfälischen Städten mit knapp 1.200 Schülerinnen und Schülern hat sich das Planspiel als nachhaltige und effektive Lernmethode erwiesen. Aufgrund der positiven Resonanz bei allen Beteiligten bieten die LAG 21 NRW und der Wissenschaftsladen Bonn das Planspiel weiterhin auf Honorarbasis an. Die Stiftung hat das Projekt, das 2006/2007 als offizielles Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet wurde, mit knapp 133.000 Euro gefördert.

→ Weitere Informationen unter www.lag21.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3203

Schlagkräftig

20 Jahre Eine Welt Netz NRW

Vor 20 Jahren vereinbarten Vertreterinnen und Vertreter von zwölf nordrhein-westfälischen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, über einen gegenseitigen Informationsaustausch und mögliche Kooperationen nachzudenken. Aus diesen Anfängen entstand das größte und schlagkräftigste entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Deutschland. Es ist heute der anerkannte entwicklungspolitische Dachverband in NRW mit rund 120 Mitgliedsorganisationen und etwa 1.380 persönlichen Mitgliedern.



Evelin Herfkens (Foto: Marion Nitsch)

Das Jubiläum wurde am 17. und 18. Juni im Rahmen einer Landeskonferenz in Münster begangen. Die Glückwünsche der Landesregierung überbrachte die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Dr. Angelica Schwall-Düren, die der Stiftung Umwelt und Entwicklung unser Vorstandsvorsitzender, Karl Lamers. Beide würdigten die Arbeit des Netzwerkes und seiner Mitgliedsorganisationen, dankten für das Engagement und wünschten weitere Erfolge im Bemühen um die Eine und gerechte Welt.

In einem leidenschaftlichen Vortrag setzte sich die ehemalige niederländische Entwicklungsministerin und langjährige Vorsitzende der UN-Millenniumskampagne, Evelin Herfkens, für die Unterstützung der Bemühungen um die UN-Millenniumsziele ein. Sie forderte die Konferenzteilnehmer auf, sich weiterhin gegenüber den Regierungen dafür einzusetzen, dass diese ihre Verpflichtungen gegenüber den armen Ländern einhalten.



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Konferenzteilnehmer diskutierten in sechs Themenworkshops verschiedene Aspekte der zukünftigen Eine-Welt-Arbeit. Ein Podium mit Prof. Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, entwickelte abschließend Überlegungen zu den nächsten 20 Jahren Eine-Welt-Arbeit. Eine Dokumentation der Konferenz ist unter www.eine-welt-netz-nrw.de zu finden. Unsere Stiftung fördert die Konferenz und die Anschluss-Aktivitäten mit 80.200 Euro.

Neu geförderte Projekte

Übersicht 02/2011 bis 06/2011

Gesundheit und Dritte Welt e.V.

Bewertung des Geschäftsverhaltens nordrhein-westfälischer Pharmafirmen in Brasilien → E-4715

Verein Jugendtheater-Werkstatt Münster e.V.

2 + x Welten – eine interkulturelle Theaterproduktion → E-4716

Eine Welt Netz NRW e.V.

Vision 2030: Vorschau und Rückblick zur Eine-Welt-Arbeit in Nordrhein-Westfalen → E-4717

Global Policy Forum Europe e.V.

Perspektivwechsel 2012 – Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu nachhaltigen Wohlstandsmodellen und Entwicklungszielen jenseits der MDGs → E-4720

Bahnhof Langendreer – Soziokulturelles Zentrum e.V.

„WortWelten“ – Autorinnen und Autoren aus den südlichen Kontinenten im Gespräch → E-4723

FEMNET e.V. – feministische Perspektiven auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft e.V.

Fair Schnitt – Studieren für eine sozialgerechte Modeindustrie → E-4730

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.

Behinderung und Entwicklung – was geht es mich an? Verantwortung erkennen – Solidarität entwickeln – aktiv werden! → E-4734

fairPla.net e.V.

Internationale kirchliche Klimapartnerschaften – Gemeindehaushalte entlasten, Klima schützen, Armut in der Welt bekämpfen → Z-5153

Bündnis Entwicklung Hilft –

Gemeinsam für Menschen in Not e.V.

WeltRisikoBericht → Z-5156

Internationales Konversionszentrum Bonn

Kleinschürfer von Rohstoffen in Entwicklungsländern → Z-5158

Food First Informations- und

Aktionsnetzwerk Deutschland – FIAN e.V.

Licht an für die Menschenrechte – Kohle aus Kolumbien in deutschen Kraftwerken → Z-5160

ART at WORK e.V.

Zu viel Zeug – Die andere Seite des Konsums → Z-5165

German Toilet Organization e.V.

SanWat-Initiative: Vernetzung in NRW → Z-5168

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Bildungslaboratorium zum Thema „Klimawandel und Umweltkonflikte in Lateinamerika“ → Z-5169

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Einfach ganz ANDERS – Bildung für nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen → Z-5173

Unterwegs e.V.

Live-Krimi-Marokko – Maßnahme zu BNE und Islam → Z-5177

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

Rio+20 NRW → Z-5178

TERMINE

Konferenz für Umwelt und Entwicklung, Dortmund

Das Agenda-Büro der Stadt Dortmund richtet in Zusammenarbeit mit der Stiftung am 22. Juli eine Konferenz für Umwelt und Entwicklung aus. Schwerpunkte der Konferenz sind die Themen fairer Handel, faire Beschaffung in öffentlichen und wirtschaftlichen Unternehmen, Nord-Süd-Partnerschaften, Klimaschutz, erneuerbare Energien, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie die vielfältige Arbeit von Nichtregierungsorganisationen.

Bürgerliches Engagement hat in Dortmund eine lange Tradition. So gewann die Stadt in den Jahren 2003 und 2005 den Titel „Hauptstadt des Fairen Handels“ und wurde im Jahr 2009 zur „Fairtrade Town“ gekürt. Weitere Beispiele

sind der „Konsultationskreis Klimaschutz und Energieeffizienz“ sowie das schulformübergreifende Netzwerk „Schule der Zukunft“.

→ Rathaus Dortmund, 22. Juli 2011,
10.00 bis 16.00 Uhr

→ Anmeldung bis zum 15. Juli bei:
Stadt Dortmund,
Agenda-Büro, Christoph Löchle
Telefon 02 31.50 22 169
Fax 02 31.50 26 447
agenda@stadtdo.de

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.

IMPRESSUM

Ausgabe Juli 2011

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn

Telefon 0228.24 33 50

Fax 0228.24 33 522

info@sue-nrw.de

www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.

Redaktion: Bernd Pieper, Bonn

Gestaltung: art_work_buero, Köln

Druck: Courir Print Media GmbH, Bonn

Der nächste Newsletter erscheint im September 2011.